

## EDITORIAL

## NEWS

Trotz Klimakrise eine fossile Ölheizung ersetzen, statt auf erneuerbare Energien zu setzen? Mit der CSV-DP-Regierung ist das auch in Zukunft möglich.



FOTO: CC-BY-SA: WUSELOO7/WIKIMEDIA

## NATIONALER ENERGIE- UND KLIMAPLAN

# Wachstum statt Klima

Joël Adami

**Am Mittwoch stellte die CSV-DP-Regierung ihre nicht-nervende Klimapolitik vor. Die unterscheidet sich gar nicht so stark von jener der Vorgängerregierung – mit einigen wichtigen Unterschieden.**

Gleich zwei Pressekonferenzen hatte die Regierung am vergangenen Mittwoch angesetzt. Um 15:30 Uhr präsentierte Finanzminister Gilles Roth (CSV) sein „Entlaaschtungs-Pak“, das vor allem aus bereits angekündigten Maßnahmen besteht. Roths Pressekonferenz wurde auch als Livestream ausgestrahlt, große Medien übernahmen sie auf ihrer Startseite. Eine halbe Stunde davor hatte Wirtschafts- und Energieminister Lex Delles (DP) gemeinsam mit Umweltminister Serge Wilmes (CSV) die aktualisierte Version des nationalen Energie- und Klimaplan (Pnec) präsentiert. Als der vorläufige Entwurf des Pnec im April 2023 vorgestellt wurde, waren vier Minister\*innen anwesend, unter ihnen der damalige Premierminister Xavier Bettel. Luc Frieden (CSV) hat sich wohl zurückgehalten, damit Klimapolitik nicht zu sehr nervt. Das erklärt auch, warum es für Uninteressierte sogar ein Alternativprogramm im Livestream gab.

Aber wie sieht sie jetzt aus, die Klimapolitik, die nicht nervt? Der Pnec ist ein Dokument, dass die EU-Kommission von allen Mitgliedsstaaten verlangt. Da der Entwurf schon stand und begutachtet

war, verwundert es nicht, dass es zu keinen allzu groben Änderungen kam. Die Regierung strich natürlich hervor, dass sie vorhat, den Energiebedarf bis 2030 zu 37 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken. Im Entwurf der vorherigen Regierung stand „35 bis 37 Prozent“. Es ist gut, dass sich für die höhere Zahl entschieden wurde, aber jedes noch so hehre Ziel nützt nichts, wenn es nicht umgesetzt wird.

## Wie gut wächst die Wirtschaft, wenn im Sommer wegen großer Hitze keine Arbeit mehr möglich ist?

Außerdem sind die Zielsetzungen nicht überall so grandios: Die Energieeffizienz soll um 42 Prozent verbessert werden. Im Vorentwurf der vorherigen Regierung waren noch 44 Prozent gestanden, in der Version von 2020 hatte man eine Spanne von 40 bis 44 Prozent angegeben. Eigentlich geht es bei dieser Maßnahme darum, den Endenergieverbrauch zu reduzieren, und die EU-Legislation hat Luxemburg eigentlich ein strengeres Ziel vorgegeben. Doch die CSV-DP-Regierung hat Angst, dass das Wirtschaftswachstum bei einem höher gesteckten Ziel leiden könnte. Wie gut die Wirtschaft wächst, wenn

zum Beispiel wegen unerträglichen Hitzewellen im Sommer in vielen Sektoren keine Arbeit mehr möglich sein wird, ist eine Frage, die vermutlich zu sehr nervt.

Am Mittwoch gab es dann auch Klarheit über ein Thema, über das seit Monaten spekuliert wurde: Das mögliche Verbot für den Einbau von neuen fossilen Heizungen steht nicht mehr im Pnec. In Neubauten dürfen ohnehin keine Öl- oder Gasheizungen mehr eingebaut werden, ein Verbot für den Ersatz in bestehenden Gebäuden war als Möglichkeit vorgesehen, würden die Einsparziele im Gebäudesektor nicht oder zu langsam erreicht. Ist es zu nervig, die Frage zu stellen, wie man auf das 37-Prozent-Reduktionsziel kommen will, wenn man weiterhin den Einbau neuer fossiler Heizungen erlaubt? Vor allem, da diese ja mehrere Jahrzehnte lang Öl oder Gas verbrennen und damit CO2 ausstoßen?

Die Vorschläge des Klimabiergerrots, die bei der Vorstellung des Pnec-Entwurfs noch eine große Rolle spielten, kamen am Mittwoch nicht mehr zur Sprache. Der Bürgerrat hatte, genau wie das Observatoire de la Politique climatique, eine sehr viel höhere CO2-Steuer gefordert. Doch solche Ideen, man ahnt es schon, nerven vermutlich zu viel.

## NEWS

Ungarns EU-Ratspräsidentschaft: Krawall mit Ansage **S. 3**

## REGARDS

Green Finance: Profite fürs Klima **S. 4**  
 Monde du travail : L'intelligence artificielle a besoin d'un dialogue réel **p. 6**  
 Rechtsextreme nach den EU-Wahlen: Le Pens Brüsseler Truppe **S. 8**  
 Reconstruction en Lybie: À Derna, la diplomatie du béton **p. 10**  
 Kapitalistische Zerfallserscheinungen: Ausweitung der Sonderwirtschaftszone **S. 12**  
 Poesie im Sommer (II): Lyrische Lesefreude **S. 14**

## AGENDA

Wat ass lass? **S. 15**  
 Expo **S. 16**  
 Kino **S. 17**

Coverfoto: Gerd Altmann/Pixabay



Im Juli und September illustrieren Performance-Künstlerin Nora Wagner und Filmemacher Kim El Ouardi die Backcover der woxx. Erfahren Sie mehr über die Künstler\*innen: [woxx.eu/wagnerouardi](http://woxx.eu/wagnerouardi).

## AKTUELL

UNGARNS EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

# Krawall mit Ansage

Thorsten Fuchshuber

**Ungarns Präsident will den EU-Ratsvorsitz seines Landes zu Orbán-Festspielen machen. Luxemburgs Regierung möchte darin mehr als nur eine Statistenrolle, nämlich einen „Dialog“.**

Er wird sich ins Fäustchen gelacht haben: Mit dem Besuch bei seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin hat der ungarische Präsident Viktor Orbán in der EU einmal mehr für (schlechte) Stimmung in der Bude gesorgt. Sein Trip war just in der ersten Juliwoche erfolgt, als sein Land gerade turnusmäßig für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen hatte. Die Visite ließ sich daher recht mühelos als erste offizielle Mission inszenieren, obwohl Orbán ganz auf eigene Karte als selbsternannter „Friedensstifter“ nach Moskau gefahren war. Die EU-Kommission und die Regierungschefs mehrerer Mitgliedsstaaten schäumten und forderten Konsequenzen ein.

Die sind diese Woche auch erfolgt: In einer Resolution, die hauptsächlich der „Notwendigkeit der anhaltenden Unterstützung der EU für die Ukraine“ gewidmet war, verurteilte das EU-Parlament Orbáns Besuch. Dieser stelle „einen eklatanten Verstoß gegen die Verträge und die gemeinsame Außenpolitik der EU, insbesondere den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit“ dar, so das Parlament und forderte weitere Konsequenzen.

Solche hatte die am gestrigen Donnerstag wiedergewählte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bereits am vorangegangenen Montag angekündigt. Kommissionssprecher Eric Mamer ließ auf X (vormals Twitter) wissen, die Kommission werde bei den informellen Ratssitzungen, die Ungarn im Laufe der kommenden sechs Monate ausrichtet, nicht anwesend sein. Man werde sich durch hohe Beamte vertreten lassen. Auch der traditionelle „Antrittsbesuch“ des Kollegiums aller 27 EU-Kommissar\*innen in Budapest finde nicht statt. Bereits zuvor hatten mehrere Länder, darunter Polen sowie die nordischen und die baltischen Mitgliedsstaaten angekündigt, allen informellen Treffen in der ungarischen Hauptstadt fernzubleiben.

Dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell blieb es vorbehalten, den Anlass zu liefern, der deutlich machte, dass man innerhalb der EU im Umgang mit Orbán gleichwohl gespalten ist. Er nämlich hatte sich überlegt, ein bereits geplantes informelles Treffen der EU-Außenminister Ende August

in Budapest zu sabotieren, indem er diese zur selben Zeit zu einem formellen Treffen nach Brüssel bestellt. Das jedoch gefiel nicht allen gut. Unter anderem Deutschland, Italien und die Niederlande hatten Vorbehalte. Als Borrell am Dienstag daher zurückzurudern begann, gaben einige der Kritiker\*innen zu verstehen, eine Kehrtwende mache den Schaden nur umso größer.

## Bettel allein in Budapest?

Anders Außenminister Xavier Bettel (DP). Auf „Radio 100,7“ ließ er trotz wissen, er mache sich in jedem Fall auf den Weg nach Budapest: „Wenn ich allein bin, dann werde ich zwar kein Treffen haben. Aber ich finde die Vermeidung des Dialogs das Schlechteste“. Orbán könne sein Treffen schließlich auch verschieben. „Überlegen wir uns dann also über sechs Monate hinweg Ausreden, um nicht nach Budapest fahren zu müssen?“ Premierminister Luc Frieden äußerte sich gegenüber dem selben Sender ganz ähnlich: „Ich halte von Boykotten generell ganz wenig.“ Man müsse miteinander reden, einander seine Meinung sagen. An derlei Rhetorik wird sich Viktor Orbán gerne schadloos halten; schließlich hat auch er ein solches Vokabular benutzt, um seinen Besuch bei Putin zu legitimieren.

Gleichwohl bleibt fraglich, weshalb sich die EU-Kommission, allen voran Borell und von der Leyen, von Orbán derart unvorbereitet in ein solches Kommunikationsdesaster führen ließ. Mit seiner gezielten Provokation gleich zu Beginn der ungarischen Ratspräsidentschaft ist es ihm gelungen, von der Leyen auf eine Weise aus der Reserve zu locken, die sie als aktivistisch oder gar von ihrer angestrebten Wiederwahl motiviert erscheinen lässt. „Beruhen jetzt alle Entscheidungen der Kommission auf politischen Erwägungen?“, feixte János Bóka, der ungarische Minister für europäische Angelegenheiten, auf X.

Dabei wurde der Umgang mit der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft schon vor einem Jahr heiß diskutiert (siehe „Orbán als Gesicht Europas“ in woxx 1739) und war dem EU-Parlament bereits damals eine Resolution wert. Es sei von „bewussten und systematischen Bemühungen“ der ungarischen Regierung auszugehen, die Grundwerte der Europäischen Union zu untergraben. Es kann ein langes halbes Jahr werden, während dem Ungarn den Vorsitz innehat. Orbán wird es zu nutzen wissen.

## SHORT NEWS

## Pirates : Ben Polidori largue les amarres

(fg) – Le Piratepartei espérait cinq à sept mandats au parlement à l’issue des législatives d’octobre. Il avait finalement dû se contenter d’un troisième député, Ben Polidori, élu dans le Nord, après avoir déjà conquis un siège de conseiller à Vichten, aux communales de juin 2023. Mais l’informaticien de 34 ans quitte le navire, a-t-il annoncé le lundi 15 juillet. « Je vous informe de ma décision de ne plus siéger au sein de la sensibilité politique Pirates et de quitter son parti », indique Ben Polidori dans un communiqué. L’élu justifie son choix par « des divergences concernant la gestion interne, comme la méthode de prise de décisions ». Il se dit en rupture avec une formation « qui ne reflète plus mes valeurs et ne correspond plus à mes convictions ». Il vise directement « les décideurs » de la formation, tout en se gardant de les citer nommément. « La transparence et la démocratie participative ne guident plus l’action de la sensibilité et de son parti », affirme-t-il encore. Le député a annoncé publiquement sa décision une demi-heure à peine avant la présentation du bilan parlementaire des pirates. De quoi gâcher la fête pour Sven Clement et Marc Goergen, qui retrouvent leur position initiale de la précédente législature, où ils étaient les seuls représentants du parti à siéger au Krautmaart. Pour sa part, Ben Polidori conserve son mandat à la Chambre et pourrait rejoindre d’autres rivages politiques s’il le souhaite. Il se dit que LSAP et les Verts sont tout prêts à lui ouvrir grand les bras.

## Pensions : grosses réserves et gros désaccords

(fg) – Le fonds de compensation commun au régime de retraite (FDC) bat un nouveau record avec des réserves atteignant 27,39 milliards fin 2023, soit 2,85 milliards de plus qu’un an plus tôt. La somme correspond à 4,25 fois le montant des prestations annuelles, un ratio toutefois en baisse, à son plus bas niveau depuis 2013, indique le FDC dans son rapport annuel publié le 17 juillet. Cette nouvelle performance apporte de l’eau au moulin des syndicats face à la volonté du gouvernement et du patronat de réformer le régime des pensions. Pour ces derniers, il y a urgence à agir afin de pérenniser le système qui deviendrait déficitaire en... 2070. Ils préconisent dès lors une baisse des prestations. Une ligne rouge pour les syndicats, qui l’ont rappelé au lendemain de la publication du bilan de la FDC, dans un « avis séparé » au Conseil économique et social (CES). « Une prise de position commune avec le camp patronal n’était pas possible étant donné que des différences fondamentales existent quant à l’interprétation de la situation », écrivent les syndicats. Néanmoins ouverts à la discussion, ils revendiquent une hausse des cotisations (de 8 à 9 %) pour maintenir les prestations actuelles, sinon les améliorer. Les syndicats rejettent les projections du patronat, dont ils rappellent qu’elles pèchent par leur pessimisme depuis des décennies. Surtout, estiment-ils, rien ne presse, il y a tout le temps de négocier grâce aux « faramineuses » et « colossales » réserves engrangées par le FDC.

## Härterer Platzverweis angekündigt

(ja) – Am Mittwoch präsentierte Innenminister Léon Gloden (CSV) seinen neusten Law-and-Order-Gesetzesvorschlag: den „verstärkten“ Platzverweis. Bereits die vorige Regierung hatte den Platzverweis zur Bekämpfung von Armen eingeführt: Obdachlose, die – wegen eines fehlenden Angebots an Notschlafstellen und „Housing First“-Unterkünften – in Hauseingängen schlafen, konnten so von der Staatsgewalt entfernt werden. Das reichte der CSV-DP-Regierung nicht, sodass nun ein härterer Platzverweis kommen soll. Neben dem Blockieren von Hauseingängen sollen nun auch Verhaltensweisen wie Störungen der „öffentlichen Ruhe, Gesundheit oder Sicherheit“; Behinderung des Verkehrs; „Angriffe auf die Bewegungsfreiheit“ von Passant\*innen und „Belästigung von Fußgängern auf öffentlichen Straßen und Orten“ mit einem Platzverweis unterbunden werden. Dieser soll für einen Umkreis von einem Kilometer und während maximal 48 Stunden gelten. Bei Nichteinhaltung sollen Bürgermeister\*innen zu Richter\*innen werden und ein Betretungsverbot für maximal 30 Tage aussprechen können. Praktisch an der Liste der Verhaltensweisen, die für einen Platzverweis herangezogen werden können, ist auch, dass sich damit spontane Demonstrationen und Protestaktionen hervorragend unterbinden lassen.